

PRESSEMITTEILUNG

Stralsund 21.06.2022

FDP Stralsund zum beschlossenen Verbrenner-Verbot: Unüberlegte Maßnahmen auf dem Rücken der Berufspendler

Die FDP-Fraktion Stralsund kritisiert scharf das vom EU-Parlament beschlossene Verbot von Verbrennungsmotoren. „Hier wird versucht, die Umweltprobleme der Großstädte und Metropolen auf dem Rücken der Menschen im ländlichen Raum zu lösen“ so Thoralf Pieper, FDP-Kreisvorsitzender. „Vom Brüsseler Parlamentssessel aus fällt es offenbar leicht, den Bürgern immer neue Belastungen aufzudrücken, ohne ernsthaft an die Konsequenzen zu denken.“

Pieper hat bei seiner Kritik insbesondere die Berufspendler in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern im Blick. In kaum einer anderen Region legen die Menschen längere Anfahrtswege zurück als in diesem Bundesland. „Das machen sie nicht zum Vergnügen. Sie müssen ihre Arbeitsstellen erreichen, sie bringen ihre Kinder in die Kita oder Schulen, kümmern sich um ihre Angehörigen oder fahren zum Einkauf oder zum Arzttermin. All das macht man in Berlin, Paris oder Brüssel vielleicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Aber doch nicht in Franzburg, Anklam oder Demmin. Zwischen Dranske und Göhren fährt nun einmal keine U-Bahn. Aber auch hier wohnen Menschen, die für ihr Geld hart arbeiten müssen. Und auch hier gibt es Unternehmen, die auf ihre Arbeitskräfte angewiesen sind.“

Nach Einschätzung des FDP-Kreischefs zeugt die Entscheidung des EU-Parlaments vor allem von Unkenntnis über die realen Verhältnisse im Land. „Politik ist doch kein Wunschkonzert. Sie beeinflusst das Leben der Menschen. Ganz sicher brauchen wir einen verstärkten Klimaschutz. Wer allerdings eine radikale Verkehrswende propagiert, muss sich auch im Klaren darüber sein, welche Alternativen es gibt.“ Die Anschaffung von teuren E-Autos zu bezuschussen und Ladestationen vor Einfamilienhäusern zu fördern – wie in der Vergangenheit der Fall – kann nicht die Lösung sein. Im Gegenteil, dieses Vorgehen zeugte schon früher von unsäglicher Arroganz den Bürgern gegenüber. Denn die meisten berufstätigen Pendler in unserem Land wohnen nicht in einem Einfamilienhaus.

Thoralf Pieper plädiert stattdessen für technologieoffene Lösungen, die Klimaschutz und die Bedürfnisse der Bevölkerung miteinander verbinden. Die Nutzung der Wasserstofftechnologie ist ein solches Beispiel aber auch die Entwicklung synthetischer Kraftstoffe. Mit dem aktuellen Beschluss des EU-Parlamentes würde sich Europa von diesen Zukunftstechnologien völlig abhängen.